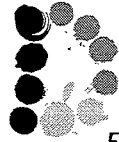




Bundesministerium
des Innern



Freiheit
Einheit
Demokratie

FINGEGANGEN

23. Sep. 2010

erl. _____

MinDirig Norbert Seitz
Unterabteilungsleiter G I

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Geschäftsstelle ABA
Herrn Dr. Kurt Kreiten
Herrn Jürgen Clausius
Hauptstr. 487
53639 Königswinter

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 101 D, 10559 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-2575
FAX +49 (0)30 18 681-52575
E-MAIL GI@bmi.bund.de
INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM Berlin, 22. September 2010
AZ

BETREFF **Ihr Schreiben an Herrn Bundesminister des Innern vom 8. September 2010**

HIER Mittelkürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)

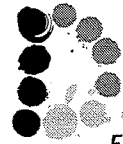
Sehr geehrter Herr Dr. Kreiten,
sehr geehrter Herr Clausius,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 8. September d.J. Herr Minister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten. Ich komme dieser Bitte gern nach.

Zu Recht betonen Sie den Zusammenhang zwischen der Demokratie und der politischen Bildung als einer Daueraufgabe, die die Menschen bei der politischen Urteilsfindung und der Entwicklung von demokratischem Bewusstsein unterstützt.

Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2011 ist im Ganzen geprägt von intensiven Anstrengungen zur Konsolidierung der Bundesh Haushalte in den kommenden Jahren. Hiervon ist auch der Etat des BMI betroffen. Die für den Haushalt des BMI insgesamt beschlossenen Absenkungen belaufen sich im Jahr 2011 auf rund 77,4 Mio. Euro, im Jahr 2012 erhöht sich der Einsparbetrag sogar auf rund 91,6 Mio. Euro, in den Jahren 2013 und 2014 dann auf rund 99,1 Mio. Euro.

Das BMI hat sich bemüht, die notwendigen Einsparungen auf alle Bereiche und Behörden solidarisch zu verteilen. Die beschlossenen Einsparungen richten sich allerdings an der finanziellen Leistungsfähigkeit sämtlicher Bereiche des Einzelplans aus. Und auch die unterschied-



SEITE 2 VON 2

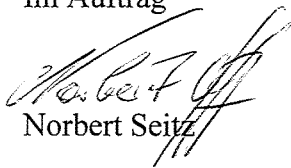
lichen Möglichkeiten, Projekte zeitlich zu verschieben und damit auch kurzfristig auf Einsparvorhaben zu reagieren, mussten berücksichtigt werden. Die Reduzierung der verfügbaren Ausgabemittel bei der Bundeszentrale für politische Bildung liegt im Regierungsentwurf für 2011 bei 1.555 T€. Die Herausforderung für die Bundeszentrale wird grundsätzlich darin bestehen, mit geringeren Mitteln weiterhin eine qualitativ hochstehende dauerhafte politische Bildungsarbeit sicherzustellen. Darüber hinaus wird die Bundeszentrale jedoch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um den Kürzungsbetrag auch für die Trägerförderung durch Kompensationen, z.B. aus Einnahmeerhöhungen, deutlich zu reduzieren. Wir sind zuversichtlich, dass die Trägerförderung faktisch nur in Höhe von rund 1/5 der Kürzungssumme belastet werden wird.

Im Übrigen können sich die Bildungsträger zusätzlich um Mittel aus dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des BMI mit entsprechenden Projekten bewerben.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Informationen die Sorge um den Bestand der politischen Bildungseinrichtungen genommen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Norbert Seitz